Halbzeitbericht des Team K Brixen

Sabine Mahlknecht und Ingo Fink ziehen Bilanz

und stellen ihre Arbeit im Gemeinderat Brixen vor

Das Team K Brixen zieht eine Zwischenbilanz und präsentiert an dieser Stelle Auszüge aus seiner politischen Tätigkeit.

Im Herbst 2020 ist das Team K in Brixen erstmalig zu den Gemeinderatswahlen angetreten, wobei in der Vorbereitung darauf eine Gruppe von rund 30 Personen an der Erstellung eines umfangreichen politischen Programmes mitgewirkt hat. Das Team K zog schließlich als zweitstärkste Partei mit zwei Kandidat*innen in den Gemeinderat ein.

Gemeinsam mit einem sehr engagierten Team war und ist es unser Bestreben, aktiv mitzugestalten und einen konstruktiven Beitrag zu leisten. Einzelne Themenbereiche haben wir gemeinsam mit den Landtagsabgeordneten des Team K vorangetrieben.

Unsere Tätigkeit umfasste sowohl die „klassischen“ Instrumente, derer sich eine Oppositionspartei bedient, wie Anfragen und Beschlussanträge, aber auch Aktivitäten im sogenannten vorpolitischen Raum, im Austausch mit Initiativgruppen und engagierten Bürger*innen, sowie im Zusammenhang mit der Durchführung verschiedener Projekte. Wir organisierten Unterschriftensammlungen (z.B. betreffend die direkte Demokratie und die Sterbehilfe) und nahmen an Informationsabenden, Bürgerversammlungen und Kundgebungen teil. Danke für euer Interesse und viel Spaß beim Lesen!

Sabine Mahlknecht und Ingo Fink

MOBILITÄT

Ein **zukunftsweisendes nachhaltiges Mobilitätskonzept** ist von großer Bedeutung, wir haben uns damit bereits im Wahlprogramm ausgiebig auseinandergesetzt.

Nachdem das Team K seinen Auftakt erst mit den letzten Gemeinderatswahlen hatte, war niemand in den vorbereitenden Entwicklungsprozess des nachhaltigen städtischen Mobilitätsplans (NSMP/PUMS) der Gemeinde Brixen involviert - dies hat uns dazu veranlasst, den Plan genauer unter die Lupe zu nehmen. In Teamarbeit haben wir schließlich 14 Beobachtungspunkte eingebracht, wobei es dann gelungen ist, **einige dieser Anmerkungen in den NSMP/PUMS aufzunehmen**. Insgesamt sind wir mit dem Konzept nicht ganz zufrieden, da es aus unserer Sicht nicht wirklich zu einer Verbesserung der Lebensqualität aller führt.

Mit dem sogenannten „BiciPlan“ wird ein wesentlicher Teil des Verkehrskonzepts ausgelagert, was eben nicht der Idee eines ganzheitlichen Mobilitätsplans entspricht.

Anbindungen an umliegende Fraktionen und Stadtgebiete sind nicht zufriedenstellend und im Stadtbereich sind keine ausschließlichen Radwege vorgesehen.

Zudem **sollten** unserer Meinung nach **die Radwege entsprechend bepflanzt werden**, was sowohl Schattenfunktion als auch Wasserspeicherfunktion hätte.

Zudem berücksichtigt der Mobilitätsplan nicht den täglichen **Pendlerverkehr**, welcher einen erheblichen Anteil des Verkehrsaufkommens ausmacht. Auch in diesem Punkt wird auf ein separates Mobilitätsmanagement der Stadt in Zusammenarbeit mit den Betrieben verwiesen.Wenn schon ein Konzept für die Zukunft erstellt wird, sollte dies vollständig sein und alle Bereiche abdecken.

Weiters wird im NSMP weder die **Verbindung der Stadt-Berg** noch die Südspange berücksichtigt, welche seit nunmehr fast 20 Jahren ein Thema ist und eben zur akuten Verkehrsberuhigung in gewissen Zonen unbedingt erforderlich ist.

Den Trassenverlauf der Südspange werden wir jedenfalls im Auge behalten, da dieser auch gröbere Eingriffe in eine Naherholungszone mit sich bringen könnte.

Im Zusammenhang mit der **Radmobilität** haben wir einen Beschlussantrag eingebracht, welcher den Radfahrer*innen insbesondere bei den Nord – Südverbindungen **in der Nähe der Schulzonen** mit erhöhtem Fahrradverkehr eine Vorfahrt gegenüber dem Autoverkehr gewähren sollte, welcher aber abgelehnt worden ist.

Zudem haben wir uns dafür eingesetzt, dass die neu errichtete Brücke in den Rappanlagen eine Fahrradspur in beiden Fahrtrichtungen erhalten sollte, was aber leider von der Mehrheit als nicht notwendig erachtet worden ist. Radfahrer*innen bemängeln dies, dies wurde u.a. in Leser*innenzuschriften zum Ausdruck gebracht.

STADTENTWICKLUNG

Die Stadtentwicklung ist uns ein weiteres wichtiges Anliegen, deshalb haben wir uns im Detail mit dem **Landschaftsleitbild** befasst und unsere Haltung dazu formuliert. Der Gemeinderat war ja dazu angehalten, eine Stellungnahme zur Ergänzung des Landschaftsbildes abzugeben. Wir kamen zu einer **negativen Gesamtbewertung** besagten Anhangs - im Übrigen genauso wie der Heimatpflegeverband sowie der Dachverband für Natur- und Umweltschutz.

Wir wollen uns nicht einer maßvollen baulichen Weiterentwicklung entgegenstellen, aber **es können nicht laufend neue Ausnahmeregelungen für das Bauen im Grünen geschaffen werden!** Exemplarisch einige Punkte, die wir bemängeln:

- Was die Vermeidung der Bodenversiegelung betrifft, sollte diese aus unserer Sicht sehr wohl als verbindliche Vorgabe für Einzelmaßnahmen gedacht sein und nicht nur „grundsätzliche programmatische Ausrichtung“ sein. Nicht einverstanden sind wir weiters mit der Tatsache, dass qualitative Erweiterung von gastgewerblichen Betrieben auch „im Wald“ gestattet sein soll.
- Zudem sind wir der Auffassung, dass mit den Landschaftsplänen **abweichende Regelungen** sowohl restriktiver als auch nicht restriktiver Art **nicht möglich sein sollten**. Wir befürchten nämlich, dass dadurch einer Anlassgesetzgebung/-beschlussfassung Tür und Tor geöffnet wird. Das kann den Zielsetzungen eines Landschaftsleitbildes nicht gerecht werden. Wozu brauchen wir ein Leitbild, wenn es je nach Bedarf abgeändert werden kann?
- Es geht jetzt vielmehr darum, Maßnahmen umzusetzen, um die **Klimaziele zu erreichen** und eine innovative, zeitgemäße, zukunftsorientierte Politik einer schonenden Nutzung der Ressourcen zu verwirklichen. Die Ausnahmeregelungen für die Bautätigkeit außerhalb von Bauzonen auf Natur- und Agrarflächen widersprechen den Anforderungen einer zukunftstauglichen Politik.

Eine mutige, zukunftsweisende Politik muss klare Regeln definieren, **im langfristigen Interesse auch zukünftiger Generationen** – auch im Gegensatz zu Partikularinteressen einzelner Gruppen.

Weiters haben wir uns um die **Aufwertung des Geschwister Scholl-Platzes** bemüht und dazu einen Beschlussantrag eingereicht: Der Eingangsbereich der Universität sollte in das Stadtleben eingebunden werden. Aus unserer Sicht gibt es ein großes Missverhältnis zwischen den zu würdigenden Personen und dem Aussehen des Platzes. Um die historische Bedeutung der Geschwister Scholl zu zelebrieren und in den Mittelpunkt zu stellen, braucht es eine **angemessene urbane Inszenierung**. Wir stellten uns vor, das gesamte Areal als „Salon" erlebbar zu machen, so wie es mittlerweile auch in Bozen mit dem Vorplatz der Universität gelungen ist. Unser Antrag sah einen **an lokale Künstler*innen gerichteten Ideenwettbewerb** vor, um die Geschwister Scholl mittels eines Kunstwerks angemessen zu würdigen sowie den bestehenden Platz aufzuwerten und besser an die Stadt anzubinden. Der Platz sollte zum Verweilen einladen - ein Raum zum Kennenlernen, zum Austausch und zur Diskussion. Es wurde zwar allerseits bestätigt, dass sich der Platz zur Zeit grau in grau mit Pflaster und Beton präsentiert, leider fanden unsere Anregungen zur Neugestaltung im Gemeinderat aber keine Mehrheit.

Was wir hingegen schon voranbringen konnten - in diesem Falle nicht durch ein klassisches Instrument, das den Oppositionsparteien zur Verfügung steht, sondern durch Zusammenarbeit mit der Mehrheitspartei - war die **Neugestaltung des Millander Dorfplatzes.** Die Umsetzung dieses Vorhabens wird noch diesen Sommer erfolgen und wir freuen uns sehr darauf: Es wird eine bessere und gut sichtbare „Führung zum Platz" geben, weiters wird **der Brunnen als zentrales Element neu gestaltet**. Es werden zusätzliche Sitzgelegenheiten errichtet, durch Beschattung soll der Platz als Aufenthaltsraum attraktiver und das Mikroklima verbessert werden. **Radabstellplätze und ein Wasserspender und insgesamt mehr Grün** runden das Projekt ab.

DER HOFBURGGARTEN – NEVERENDING STORY

Was die Gestaltung des Hofburggartens betrifft waren wir - gemeinsam mit der „Initiative für einen Offenen Hofburggarten“ sehr aktiv und haben versucht auf verschiedenster Ebene Druck zu machen: Wir haben Anfragen gestellt, Presseaussendungen gemacht und an Kundgebungen und Bürger*innentreffs teilgenommen.

Nicht nur wir, auch **zahlreiche Brixner Bürger*innen wünschen sich einen frei zugänglichen Hofburggarten**. Aus unserer Sicht sollte der Garten als öffentlicher Raum allen gehören und als Ort des Zusammenkommens weitgehend von der Kommerzialisierung desselben getrennt werden - **Brixen braucht keinen Attraktivitätswettkampf der Städte!** Es geht um nichts weniger als um mehr Lebensqualität für alle, um ein Miteinander von Naherholung und Ökologie. Ausgedehnte Grünflächen bieten eine immense Verbesserung der Aufenthalts- und Lebensqualität und erhöhen den Freizeitwert für alle Generationen. Angesichts der unmittelbaren Nähe zur Universität wird auch Potenzial gesehen, um **für Student*innen und Bewohner*innen der Stadt** Möglichkeiten zum Kennenlernen, zum Austausch und zur Diskussion zu schaffen - die Universität könnte besser in das Stadtleben eingebunden werden. Wir setzen uns für ein kostensparenderes Projekt und einen Garten ein, der den Bürger*innen, Student*innen und Gästen frei zugänglich gemacht wird, während die Stadtverwaltung daran festhält, Zutrittsgebühren verlangen zu wollen und damit die Wünsche zahlreicher Bürger*innen ignoriert: Der Hofburggarten soll zum Ort der Begegnung sowie der Entspannung werden.

LEISTBARES WOHNEN

Wie in vielen anderen Gemeinden wird auch in Brixen der Zugang zu leistbarem Wohnraum immer schwieriger - die Gemeinde Brixen gehört zu jenen mit festgestellter Wohnungsnot.

Vor allem jungen Menschen bieten sich wenig Möglichkeiten, Wohnraum zu erwerben, ja nicht einmal, zu erschwinglichen Preisen anzumieten - sie sehen sich oft gezwungen, in den Nachbargemeinden eine Wohnung suchen. **Wenn man leistbare Wohnmöglichkeiten schaffen möchte, müssen zuallererst belastbare Zahlen zum Wohnungsmarkt erhoben werden**. Dazu haben wir eine Anfrage an die Stadtregierung eingereicht, wir wollten u.a. wissen, wie hoch die Anzahl der leerstehenden Wohngebäude sowie jene der ungenutzten gewerblichen Gebäude in der Gemeinde Brixen ist. Die Antwort war ernüchternd, so sollen erst im Zuge der Erstellung des Gemeindeentwicklungsprogramms Leerstandserhebungen durchgeführt werden – obwohl dringender Handlungsbedarf besteht, bittet man um Geduld.

Genauso wenig können Daten geliefert werden, wie hoch die Anzahl der Wohnungen ist, deren Eigentümer nicht in der Gemeinde Brixen ansässig sind. Klar ist hingegen, dass von den 12.010 katastermäßig erfassten Wohnungen **die Anzahl der Hauptwohnungen 5.656 beträgt, das ist nicht einmal die Hälfte aller Wohnungen in der Gemeinde Brixen.**

Es braucht keine Verzögerungen mehr, sondern **konkrete Lösungsvorschläge und schnelle Taten**. So könnten zum Beispiel **ehemalige Militärareale**, die an die Gemeinden übergehen, für den Wohnbau genutzt werden: **Genossenschaften oder Stiftungen**, könnten - gegebenenfalls auch mit Hilfe von Landesförderungen - Wohnungen errichten, die dann den Bürger*innen zu einem leistbaren Mietzins angeboten werden.

UMWELT

Aus unserer Sicht ist **ökologischer Nachhaltigkeit in allen Entscheidungen absolute Priorität einzuräumen**. Brixen ist seit kurzem Klimagemeinde und man dürfte eigentlich vermuten, dass der Verwaltung die Lebensqualität zukünftiger Generationen besonders am Herzen liegt, aber offensichtlich ist dem nicht so. Wir wollen nicht zulassen, dass der im Landschaftsplan ausgewiesene **Auwald** abgeholzt wird.

Dabei handelt es sich um **den letzten großen Auwald des gesamten Eisacktals** mit bis zu 40 m hohen Bäumen mit bis zu 4,5 m Stammumfang und einem Alter von bis zu 100 (!) Jahren. Er ist Habitat für zahlreiche Vogelarten, die vom Aussterben bedroht sind. Die vorgesehenen **Ausgleichsmaßnahmen überzeugen uns nicht**, im Übrigen besteht keine wirkliche Notwendigkeit, den Auwald abzuholzen: Es geht nicht darum, Betriebe vor einem Konkurs zu bewahren, ein Dorf an eine Mittelpunktsgemeinde anzubinden oder dringend benötigte Arbeitsplätze zu schaffen. **Es geht „nur“ um eine Betriebserweiterung.**

Wir denken, eine Abholzung des Auwaldes kann in einer Zeit, wo **Klimaschutz als eine der wichtigsten Herausforderungen der Gegenwart** angesehen wird, wo es laufend Baumpflanzaktionen gibt, wo Jugendliche regelmäßig auf die Straße gehen, um für ihre Zukunft und die Rettung unseres Planeten einzutreten, nicht gerechtfertigt werden.

Seit Januar 2020 läuft das Procedere in Sachen Bauleitplan-Abänderung „Rodung Auwald Industriezone für ein Industriegebäude der Firma Progress“.

Bisher wurden zwei Beschlüsse des Stadtrats an die Landeskommission für Raum und Landschaft weitergeleitet. Beide wurden allerdings zurückgewiesen bzw. von der Gemeinde Brixen wieder zurückgezogen. Derzeit ist das Verfahren zur Bauleitplan-Abänderung aus unbekannten Gründen festgefahren. Nun wollten wir im Zuge einer Anfrage in Erfahrung bringen, ob es den Tatsachen entspricht, dass die Gemeinde Brixen bei der Firma Revital in Osttirol ein Gutachten zur Bewertung des Auwaldes als schützenswertes Habitat angefordert hat. Dem ist so, **es liegt eine Studie vor.** Uns wurde auch - nach mehrmaligem Nachfragen – eine Kopie derselben ausgehändigt, allerdings mit dem Zusatz, dass sie ein verwaltungsinternes Dokument darstelle und wir uns dazu nicht öffentlich äußern dürften. Der Bürgermeister behauptet zwar, das Gutachten bestätige die Verwaltung, wir interpretieren die Inhalte der Studie

allerdings nicht in diesem Sinne. Wir werden auf jeden Fall an der Sache dranbleiben und sie weiter aufmerksam verfolgen.

Einen Erfolg verbuchen konnten wir in Sachen **Lichtverschmutzung:** In Zeiten, in denen die Notwendigkeit des Umwelt- und Klimaschutzes immer mehr im Fokus der Aufmerksamkeit der Bevölkerung und der Politik stehen, wunderten sich schon seit geraumer Zeit zahlreiche Brixner Bürger*innen über den **Skybeamer der Disko Max**, der zweimal wöchentlich für mehrere Stunden den Nachthimmel erleuchtet. Wir haben dazu eine Anfrage gestellt und der Skybeamer der Diskothek Max ist in Folge der Aufforderung zum Abschalten durch die Gemeinde nun außer Betrieb.

Ganz unabhängig von der gesetzlichen Lage, welche derartige Formen der Lichtverschmutzung untersagt, denken wir, dass **ein in den Himmel gerichteter Lichtstrahl weder zeitgemäß noch ökologisch vertretbar ist.** Es geht keineswegs darum, das Nachtleben zu kritisieren: Jugendliche brauchen Raum zum Feiern und Tanzen - gerade jetzt, nach der langen Durststrecke aufgrund der Pandemie. Genauso wenig geht es um eine Kampfansage gegen Clubs, es ist erfreulich, wenn die Disko Max viele Besucher*innen zählt. **Wir glauben, dass sie den Weg in den Club aber sicher auch ohne Scheinwerfer finden** und sind überzeugt davon, dass die Betreiber einen zukunftsfähigen Weg finden werden, um Aufmerksamkeit zu erregen.

Aus aktuellem Anlass, und zwar der Wasserknappheit, die sich aufgrund der andauernden Trockenheit in letzter Zeit noch weiter verschärft hat, haben wir eine Anfrage zu den **Trinkwasserverlusten** gestellt, denn wir alle müssen sparsam mit dieser wertvollen Ressource umzugehen.

Dass der Bürgermeister sowie der zuständige Stadtrat in diesem Zusammenhang eine **Sensibilisierungskampagne** in die Wege leiten möchten, finden wir begrüßenswert. Wir haben aber auch um belastbare Daten angefragt: So erhielten wir u. a. die Bestätigung, dass **das Trinkwassernetz auf dem Gemeindegebiet laufend gewartet und erneuert wird.** Zudem hat man uns versichert, dass kontinuierlich Überprüfungen erfolgen und somit Leckagen oder andere Probleme unmittelbar erkannt, geortet und behoben werden. In der Antwort auf unsere Anfrage hin wurde erklärt, dass ein Konzept zum Umstieg auf digitale Zähler erarbeitet wird, um eine Überprüfung mittels Fernauslese zu ermöglichen.

PARTIZIPATION UND TRANSPARENZ

Aktiv waren wir auch in den Bereichen Demokratiebewusstsein und Transparenz. Einen Erfolg verbuchen konnten wir mit unseren **Beschlussantrag „Ich wähle, wo ich wohne“**, der auch in den anderen Gemeinden, in denen das Team K vertreten ist, vorgebracht wurde.

Den Bürger*innen soll auch **außerhalb ihres Wohnsitzes die Ausübung ihres Wahlrechts durch die Briefwahl ermöglicht werden**: Das italienische Parlament werden zur Genehmigung des diesbezügliche Gesetzesvorschlags aufgefordert und der Regionalrat Trentino-Südtirol wird dazu eingeladen, die entsprechenden Vorschläge zur Änderung des Kodex der örtlichen Körperschaften zu unterstützen.

Weiters sind wir danach bestrebt, die Wahllokale aus den Schulen auszulagern und haben eine Anfrage zur **Verlegung der Wahllokale gestellt**. Schon im März 2021 hat der Regierungskommissär alle Südtiroler Bürgermeister*innen aufgefordert, sich nach **alternativen Räumlichkeiten für Wahlen** umzuschauen. Dies, um eine oft mehrmals im Jahr anstehende Unterbrechung der Schultätigkeiten zu vermeiden. Besonders mit der Pandemie wurde ersichtlich, wie wichtig die Trennung zwischen schulischen und wahltechnischen Aktivitäten ist, da man diese Räume dann auch noch desinfizieren musste und der Schulbetrieb noch länger als schon üblich unterbrochen wurde. Die Gemeindeverwaltung teilt zwar die Notwendigkeit, Wahllokale aus den Schulen auszulagern und es wurde auch eine Arbeitsgruppe eingesetzt, aber **es konnten noch keine alternativen Wahllokale ausfindig gemacht werden.**

In das Thema **Transparenz und Partizipation** einzuordnen war auch unser Bemühen um eine **Liveübertragung des politischen Geschehens** während der Pandemie, der Gemeinderat in Brixen tagte nämlich monatelang online unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Die Bürger*innen können bis heute lediglich zeitversetzt Audiodateien herunterladen, sofern sie sich zur Einhaltung der Datenschutzbestimmungen verpflichten.

Obwohl unser Anliegen mehrmals in Telefongesprächen und im Zuge der Fraktionssprechersitzungen vorgebracht wurde und seitens der Präsidentin des Gemeinderats auch zugesichert worden war, nach einer Lösung zu suchen, wurde diese leider immer noch nicht gefunden.

Kleinere Gemeinden, wo die Erwartungen an Knowhow oder Ausstattung niedriger liegen, **streamen ihre Sitzungen bereits seit geraumer Zeit.** Gemeinsam mit den Gemeinderät*innen des Team K in Bruneck haben wir ein Schreiben an den Gemeindenverband und an das Amt für Gemeindenaufsicht verfasst und darin auf die undemokratische Situation verwiesen. Aus unserer Sicht eine verpasste Chance, die Bürger*innen in das politische Geschehen einzubinden.

Es bleibt unklar, warum sich die Gemeindeverwaltung bis jetzt noch nicht an die aktuellen Standards angepasst hat, das Team K erhofft sich eine entsprechende Entwicklung und wird sich weiter für mehr Transparenz einsetzen.

Was die **Besetzung institutioneller Funktionen** betrifft, haben wir – gleich nach unserem Amtsantritt und im Schulterschluss mit den anderen Oppositionsparteien – gefordert, dass die **Ratspräsidentschaft** als institutionelle Funktion und Garantiefunktion einem Vertreter/einer Vertreterin der Opposition zugesprochen wird. In diesem Zusammenhang haben wir eine Änderung der Gemeindesatzung vorgeschlagen, welche die Rotation der Ratspräsidentschaft zwischen den Sprachgruppen vorsieht - und zwar je zur Hälfte der Amtszeit einem Vertreter/einer Vertreterin der deutschen sowie der italienischen Sprachgruppe.

Die Funktion der Ratspräsidentschaft den Minderheitenparteien zuzusprechen, ist eine Frage der Haltung und des politischen Stils. Es wäre ein Zeichen dafür gewesen, die Opposition in die Entscheidungsprozesse einzubinden und ihr Respekt zu zollen. Leider hatten wir damit keinen Erfolg: Entgegen der Ankündigung, konstruktiv zusammenzuarbeiten, beharrten die Regierungsparteien darauf, dass auch diese Funktion von Vertreter*innen der Mehrheit besetzt werden.

Wiederum gemeinsam mit den anderen Oppositionsparteien haben wir den stellvertretenden Bürgermeister auf einen **Interessenkonflikt** aufmerksam gemacht, dazu eine Anfrage sowie eine Interpellation eingereicht und zu einer Pressekonferenz geladen.

Nachdem der **Vizebürgermeister von Brixen** vor einigen Jahren wegen erschwerten Betrugs zu Lasten der Autonomen Provinz Bozen ein Strafverfahren im Wege einer Strafzumessung abgeschlossen hat, war er laut einem Bericht auf Salto.bz vom 7.2.2022 wieder in eine Sache verwickelt, die aus unserer Sicht einer Klärung seitens des Bürgermeisters

bedurfte und - sollten sich die Verdachtsmomente bestätigen - den **Rücktritt Ferdinando Stablums** zur Folge haben müsste.

Salto.bz berichtet über ein Bauprojekt unterirdischer Parkgaragen, bei dem Geometer Ferdinando Stablum unterschiedliche Interessen verfolgt: Einerseits hat er einen technischen Auftrag der Genossenschaft „Park Bressanone/Brixen“ angenommen, welche die Parkgaragen errichtet (wofür er 150 000€ erhält), andererseits vertritt er die Gemeinde Brixen als stellvertretender Bürgermeister sowie als Stadtrat für Finanzen, Vermögen und Steuerwesen.

Obwohl formaltechnisch dem Bürgermeister die Zuständigkeiten im Zusammenhang mit den Parkgaragen übertragen wurden, erscheint es klar, dass die Errichtung derselben eng verbunden mit allen Verwaltungsmaßnahmen ist, die unter Aufsicht des Vizebürgermeisters Stablum stehen.

Dass Ferdinando Stablum direkt in die Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Errichtung der Parkgaragen involviert ist, war seiner Berichterstattung als beauftragter Techniker an die Genossenschaftsmitglieder von „Park Bressanone/Brixen“ anlässlich einer Mitgliederversammlung zu entnehmen.

So ist vollkommen klar, dass Stablums Funktion als Stadtrat mit seinen Aufträgen als Geometer und somit als Privatperson unvereinbar ist. Dadurch wird **sowohl die korrekte Durchführung seiner Funktionen als auch das Ansehen der gesamten Stadtverwaltung geschädigt,** was zur Folge hat, dass ein schlechtes Licht auf diese geworfen wird und die Bevölkerung das Vertrauen in die öffentlichen Einrichtungen verliert.

VERBINDUNG STADT - BERG BZW. BRIXEN - PLOSE

Zur Verbindung Brixen - Plose, welche von der Gemeindeverwaltung in der Vergangenheit oftmals als besonders bedeutsam hervorgehoben wurde, sei es im Interesse des Tourismus, sei es im Interesse der Einheimischen, hat das Team K im Dezember 2020, nachdem es zu jenem Zeitpunkt offensichtlich war, dass es aufgrund der herrschenden COVID-Situation in Winter 20/21 keinen Skibetrieb auf der Plose geben würde, eine Anfrage gestellt.

Insbesondere wollten wir dabei in Erfahrung bringen, welche Beiträge und Zuwendungen die Plose AG von Seiten der Gemeinde erhalten hat, welcher Teil der Ortstaxe der Plose AG zufließt, welchen Anteil dieser aus dem Verkauf der Sommercard zusteht und weiters, ob die Liftgesellschaft irgendwelche Vergünstigungen bei Abgaben und Konzessionen genießt.

Nachdem die **Sommercard** ein erfolgsgekröntes Modell darstellt, welches sich offensichtlich über einen breiten Beliebtheitsgrad erfreut, hat das Team K einen **Beschlussantrag für ein ähnliches Modell in den Wintermonaten eingereicht**. Die Wintercard bzw. Snowcard sollte die Plose auch in den Wintermonaten für die einheimische Bevölkerung zu einem annehmbaren Preis attraktiv machen.

Aufgrund der enorm gestiegenen Lebenskosten hat der „sanfte Wintersport“ in den vergangenen Jahren an Zuspruch gewonnen, was am Berg mit einer erhöhten Präsenz von Wanderern, Rodlern und Tourenskigehern beobachtet werden konnte. Nach dem Motto „Bewegung in frischer Luft ist gesund“ und in Anbetracht der Tatsache, dass die Personenbeförderung mit der Bahn, welche ja ab dem heurigen Spätsommer mit einer neuen Aufstiegsanlage noch attraktiver wird und nicht zuletzt auch als besonders umweltfreundlich gilt, hatten wir diesen Antrag eingebracht. Ungeklärt bleibt der Umstand, warum dieser Vorschlag abgelehnt wurde, wahrscheinlich nur deshalb, weil er nicht in den Reihen der regierenden Parteien geboren wurde. Es wurden fadenscheinige Argumenten vorgebracht: es fehle an der Finanzierung sowie an den nötigen Parkplätzen.

Eine kostengünstige und attraktive Freizeitgestaltung von Familien und Senior*innen wäre uns ein großes Anliegen gewesen, welches wir sicher in anderen Bereichen weiter verfolgen werden.

GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT

Zu diesem Thema haben wir uns eine gemeinsame Vorgehensweise aller im Gemeinderat vertretenen Frauen gewünscht – dies ist nicht gelungen und so wurden wir gemeinsam mit der GBL/AES aktiv.

Wir haben eine Anfrage zum **Sicherheitsgefühl von Frauen** gestellt, Anlass dazu war eine ASTAT-Erhebung: **Fast jede dritte Frau (28%) fühlt sich bei Dunkelheit auf den Straßen NICHT sicher**, bemerkenswert ist hierbei auch, dass 5% der Frauen mit „ich gehe nie alleine aus“ antworten, aber nur 1% der Männer. Wir wollten nun wissen, welche Maßnahmen die Gemeindeverwaltung als geeignet und leicht umsetzbar erachtet, um das Sicherheitsgefühl von Frauen zu erhöhen, die abends alleine unterwegs sind oder alleine den Nachhauseweg antreten müssen. Daraufhin haben wir einen Beschlussantrag mit der Anregung eingereicht, **Taxigutscheine** für Mädchen und Frauen einzuführen, welche all jenen Geschlechtsgenossinnen sowie Kindern in Begleitung von Frauen zugute kommen, die in den Abends- und Nachtstunden alleine im Gemeindegebiet unterwegs sind. Unser Vorschlag wurde dahingehend aufgenommen. Es wurde zugesichert, die Verwaltungsaufwände abzuschätzen sowie gemeinsam mit den Taxibetreiber*innen eine machbare Lösung zu finden. Wir freuen uns auf die konkrete Umsetzung.

Mit einem Antrag konnten wir **die Förderung der Zertifizierung der Geschlechtergleichstellung** (die im PNRR vorgesehen ist) in den Unternehmen unserer Gemeinde voranbringen. Abgelehnt wurde unser Vorschlag, in den öffentlichen Räumlichkeiten der Gemeinde und in allen öffentlichen Toiletten, sowie in den Jugend- und Kulturzentren **weibliche Hygieneartikel kostenlos zur Verfügung zu stellen**.

Inwieweit waren wir noch aktiv? Wir haben an **Kampagnen gegen Gewalt an Frauen** teilgenommen, uns u.a. an der Vernissage „On remembrance“ beteiligt, am **Gleichstellungsaktionsplan** mitgearbeitet, sowie an **Aktionen zum Tag der Frau** und zum **Equal Pay Day** teilgenommen.

Ein voller Erfolg schließlich war die Veranstaltungsreihe „Together Against Suicide“ zur **Suizidprävention,** die wir im Rahmen einer eigens dafür eingerichteten Arbeitsgruppe umgesetzt haben. Gemeinsam mit Expert*innen sowie Angehörigen von Betroffenen organisierten wir Informationsabende, Lesungen und Sensibilisierungsveranstaltungen.

JUGEND UND GENERATIONENGERECHTIGKEIT

Mit Abänderungen angenommen wurde unser Beschlussantrag zum **Tag der Volljährigkeit:** Nachdem es in vielen Gemeinden Tradition ist, mit den jugendlichen Bürger*innen zu feiern, welche ihre Volljährigkeit erreichen und diesen ein Exemplar der italienischen Verfassung auszuhändigen, hat das Team K in diesem Sinne einen Beschlussantrag eingebracht, mit der Idee, dass ein derartiges Treffen der Jungbürger*innen mit dem Bürgermeister am 2. Juni, also am Tag der Gründung der Republik Italien stattfinden könnte. Nicht zuletzt sollte dieses „politische Treffen" zur **Stärkung der gesellschaftlichen und politischen Bildung der Jugendlichen** dienen. Eine weitere Anregung dazu war, gleichzeitig einen Ideenwettbewerb zu Politik, Mitbestimmung und Demokratie auszuschreiben, damit die Jugendlichen auch dazu motiviert werden, mitzubestimmen und die Zukunft mitzugestalten. **Dieser Antrag ist sowohl von der Mehrheitspartei als auch den anderen Parteien begrüßt worden und wurde in der Folge angenommen.**

Ein weiteres Anliegen war, die Verankerung der **Prinzipien der Generationengerechtigkeit, des Umweltschutzes und der nachhaltigen Entwicklung** in der Satzung der Gemeinde Brixen festzuhalten. Aufgrund der Initiative „Figli costituenti" wurde im März 2019 der Vorschlag unterbreitet, die Artikel 2 und 9 der italienischen Verfassung zu ergänzen, laut welchen eine soziale Verbundenheit auch gegenüber zukünftiger Generationen gewährt werden muss und die Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung gefördert werden muss, und weiters der Schutz der Umwelt als ein Grundrecht garantiert wird.

Dieses Volksbegehren wurde allein in Südtirol mit rund 2000 Unterschriften gezeichnet, was klar macht, dass der Bevölkerung ein derartiges Grundrecht am Herzen liegt.

Nachdem auch andere Gemeinden in Südtirol und in den Nachbarprovinzen die Initiative unterstützt und diese Prinzipien übernommen haben, wurde vom Team K ein entsprechender Beschlussantrag eingebracht, mit welchem die Gemeinde Brixen die Ziele der Initiative „Figli costituenti" unterstützen sollte und weiters die Prinzipien der Generationengerechtigkeit, des Umweltschutzes und der nachhaltigen Entwicklung in der Gemeindesatzung verankern sollte. Leider wurden die wesentlichen Grundsätze nicht in die Gemeindesatzung aufgenommen. Nichtsdestotrotz werden uns diese Grundsätze auch weiterhin in unserer Arbeit im Gemeinderat leiten.